

Jahrgang 74, 2025, Heft 1 – Inhalt

EDITORIAL	1
ONLINE ARCHIV	
<i>Stichwort: Wahlen</i>	4
MEINUNG	
<i>Peter Lintl</i> Ontologische Dissonanz: Die deutsche Überforderung mit dem Israeldiskurs seit dem 07.10.	5
AKTUELLE ANALYSE	
<i>Thomas Stornig</i> Wahlalter 16 – Erfahrungen aus Österreich und Konsequenzen für die Politische Bildung.....	15
<i>Nils B. Schulz</i> Digitalisierungsoffensive war gestern. Für mehr Pluralismus in der Medienbildungsdebatte	22
WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOLUMNE	
<i>Roland Sturm</i> Europas Wettbewerbsfähigkeit: Der Draghi-Bericht.....	29
FACHAUFSATZ	
<i>Frank Decker</i> Nach dem Ende der Ampel. Erwägungen zu der vorgezogenen Bundestagswahl 2025	35
<i>Markus Klein und Christoph Kühling</i> Wer wählt (das Bündnis) Sahra Wagenknecht? Erste Erkenntnisse aus der Forschung und den Wahlen des Jahres 2024	49
<i>Bastian Vajen, Elizaveta Firsova-Eckert, Michael Nagel, Dirk Lange und Frank Reichert</i> Demokratiebildung an niedersächsischen Schulen – Der niedersächsische Demokratiebildungserlass und seine Wahrnehmung durch Lehrkräfte	60
<i>Axel Schulte</i> Menschenrechte zwischen multipler Gefährdung und effektivem Schutz.....	72

Jahrgang 74, 2025, Heft 1 – Inhalt

ESSAY

Markus Wissen und Ulrich Brand

Kapitalismus am Limit. Vertiefung und Krise der imperialen Lebensweise 85

KONTROVERS DOKUMENTIERT

Sebastian Ible

Die Tierwohlabgabe – (k)eine Lösung für mehr Tierwohl?! 97

DIDAKTIK DER SOZIALWISSENSCHAFTEN

Hannes Reichert

Die Dilemma-Methode in der politischen Bildung am Beispiel des
Falls Daschner 107

Alexander Loske, Felix Kirchhof, Gudrun Hentges

„Es ist einfach traurig, dass es halt noch so ein, zwei Menschen davon gibt“.
Schüler:innen-Vorstellungen von Antisemitismus und Implikationen für die
politische Bildung 119

DAS BESONDERE BUCH

Manfred G. Schmidt

Demokratiedämmerung? Über Veith Selk: Demokratiedämmerung.
Eine Kritik der Demokratietheorie 131

REZENSIONEN

Johannes Jöbnck

Helmar Schöne, Gordon Carmele (Hg.) (2024): Demokratiebildung
in der Schule. Kontroversen um das Bildungsziel Demokratie 137

Felix Kirchhof

Elizaveta Firsova-Eckert/ Kai E. Schubert (Hg.) (2024):
Israelbezogener Antisemitismus, der Nahostkonflikt und Bildung.
Analysen und didaktische Impulse 138

Autorinnen und Autoren 139

Wahlalter 16 – Erfahrungen aus Österreich und Konsequenzen für die Politische Bildung

Thomas Stornig

1. Einleitung

Dem Prinzip der Volkssouveränität zufolge geht in der Demokratie alle Macht vom Volk aus. In der repräsentativen Demokratie manifestiert sich diese Macht in der Ausübung des Wahlrechts. Wenn in ihrer Praxis auch andere Formen politischer Mitbestimmung von Bedeutung sind, so stellen Wahlen zweifellos das wichtigste Beteiligungsinstrument der Bürger:innen dar (Dalton & Klingemann 2007): Wahlen entscheiden darüber, wer in Regierungsverantwortung gelangt und andere Ämter besetzt, wer Gesetzesbeschlüsse treffen und umsetzen kann, wer Gelder bekommt und verwaltet. Aufgrund dieser bedeutsamen Funktion von Wahlen bestanden lange Zeit Vorbehalte, inwieweit das gemeine Volk überhaupt fähig ist, diese Verantwortung zu tragen. Denn Wählen erfordert, so wird bis heute argumentiert, ein bestimmtes Ausmaß an politik- und gesellschaftsbezogener Bildung (Faas & Könneke 2021). Wähler:innen sollten nämlich in der Lage sein, im Angesicht immer neuer gesellschaftlicher Herausforderungen geeignete politische Führungskräfte auszuwählen

und deren Performance zu evaluieren (Delli Carpini & Keeter 1996). Umgekehrt diente in der Geschichte der Wahlrechtsentwicklung der Verweis auf die niedrige Bildung bestimmter Gruppen als Argument für deren Ausschluss vom Wahlrecht. Entsprechend wurde gegen die Vergabe des Wahlrechts an Arbeiterinnen und Bauern in Europa, an Schwarze in den USA oder an Frauen in der Schweiz¹ argumentiert.

Im Zuge der Demokratisierungsprozesse des 20. Jahrhunderts erhielten schließlich immer mehr Bürger:innen in immer mehr Ländern das Wahlrecht. In den 1970er Jahren wuchs die Wahlbevölkerung in vielen Demokratien durch eine Absenkung des Wahlalters von meist 21 auf 18 Jahre (Wattenberg 2012). In jüngerer Zeit schritten einzelne Länder – darunter Argentinien, Brasilien, Ecuador, aber auch Österreich – noch weiter voran, indem sie das allgemeine Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzten.

In ihrem Koalitionsvertrag (2021–2025) strebte auch die letzte deutsche Bundesregierung Wahlen mit 16 für Bundestags- und Europawahlen an. Am 9. Juni 2024 fand schließlich die Wahl zum Europäischen Parlament erstmals



Prof. Dr. Thomas Stornig

Hochschulprofessor für Politische Bildung und Demokratiebildung an der Pädagogischen Hochschule Tirol und Lehrer der Praxis Mittelschule

Digitalisierungsoffensive war gestern

Für mehr Pluralismus in der Medienbildungsdebatte

Nils B. Schulz

1. Die „skandinavische Umkehr“

Schulische Unterrichtskonzepte sind modischen Trends unterworfen. Das wissen alle Lehrkräfte, die länger als zwanzig Jahre im Schuldienst sind. Blickt man noch weiter zurück, bis mindestens in die Mitte des vergangenen Jahrhunderts, so stellt man fest, dass sich didaktische Moden gleichsam wiederholen, mit leichten Akzentverschiebungen. So folgen auf technikaffine Konzepte immer wieder Gegenbewegungen. Nach den behavioristisch inspirierten Sprachlaboren der 1960er Jahre kam die Hinwendung zur Praxis und weniger verdinglichten und entfremdeten Arbeitsformen. „Handlungsorientierung“ und „Ganzheitlichkeit“ waren die Leitbegriffe der 1980er und 1990er Jahre. Diese Phase wurde von einem erneuten Technisierungsschub abgelöst, der sogenannten Digitalisierung, dessen rhetorischer Höhepunkt in Deutschland das 2021 veröffentlichte Strategiepapier „Lehren und Lernen in der digitalen Welt“ war, ein Papier der Kultusministerkonferenz (KMK), das Technik geradezu fetischisiert. Doch zeigte

gleichzeitig die Corona-Krise, wie wichtig leibliche Begegnungsräume sind. Man entdeckte die Bedeutung der Lehrer-Schüler-Beziehung und die existentialistische Pädagogik wieder. Das Bindungsthema rückte in den Fokus pädagogischer und didaktischer Aufmerksamkeit – ebenso Fragen der Unverfügbarkeit und der Unstetigkeit von Bildungsprozessen.

Gerade was die Digitalisierung anbetrifft, wurde der deutschen Bildungspolitik in der Vergangenheit ja oft großer „Nachholbedarf“ attestiert. Und jetzt, mitten in der Take-Off-Phase der Bildungs-Digitalisierung, kommen die bremsenden Warnungen – und zwar gerade aus den Ländern, an denen man sich so sehr orientiert hatte: aus Skandinavien. Für die schlechten PISA-Ergebnisse machen Finnland, Schweden und Dänemark die übertriebene Technisierung von Unterrichts-Settings verantwortlich. Kürzlich hat sich sogar der sozialdemokratische dänische Bildungsminister dafür entschuldigt, dass Kinder und Jugendliche zu „Versuchskaninchen in einem digitalen Experiment“ gemacht worden seien¹. Man werde wieder Schulbücher drucken. Die in den



Nils B. Schulz

Gymnasiallehrer für Deutsch, Latein und Philosophie in Berlin und Lehrbeauftragter am Institut für Pädagogik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Europas Wettbewerbsfähigkeit: Der Draghi-Bericht

Roland Sturm

Im September 2024 legte der frühere italienische Ministerpräsident (2021-2022) und Präsident der Europäischen Zentralbank (2011-2019), Mario Draghi, im Auftrag der Europäischen Kommission einen Bericht zur zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit der EU in der Welt vor¹. Der Bericht enthält keine spektakulären neuen Erkenntnisse. Er ist aber aus mindestens sieben Gründen bemerkenswert:

1. Er bestätigt das Selbstverständnis der Interpretation der Rolle der Europäischen Kommission, die auch über den erreichten Stand der europäischen Integration (*acquis communautaire*) hinausdenkt. Die Kommission sieht sich zunehmend in der Rolle einer europäischen Regierung, was nicht nur deshalb problematisch ist, weil sie nie zur Wahl stand, sondern auch wegen der tatsächlichen Rolle der nationalen Regierungen.
2. Standen in der ersten Amtszeit der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen noch der Klimawandel und seine Folgen als Flugschiffpolitiken im Vordergrund, sind davon vor allem Überlegungen zum Vermeiden fossiler Energie übriggeblieben. Es zeigt sich hier eine geänderte Welt-

lage, in der die EU wirtschaftlich in eine defensivere Rolle geraten ist.

3. Im Report spielen Entscheidungsprozesse nationaler Regierungen keine Rolle. Nationale Regierungen bleiben aber die entscheidenden Akteure zur Beantwortung der von Draghi aufgeworfenen Fragen.
4. Die Finanzierung der geschätzten 750 bis 800 Milliarden Euro pro Jahr zur Umsetzung der von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen soll durch weitere Verschuldung der EU erfolgen, ähnlich wie beim Corona-Wiederaufbaufonds. Die Kommission erhält so die Mittel für eine neue Industriestrategie für Europa. Das Verschuldungsverbot von Artikel 310 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union würde ausgehöhlt.
5. Der Bericht definiert das Verhältnis von Politik und Wirtschaft neu, im Sinne des französischen Dirigismus. War nach den EU-Verträgen in der Frühphase der EU das Binnenmarktprojekt im Mittelpunkt, das mit seiner Staatsferne sogar die britische Premierministerin Margaret Thatcher begeisterte, setzt Draghi nun auf den (EU-) Staat zur Herstellung der europäischen



Prof. Dr. i.R. Roland Sturm

Institut für Politische Wissenschaft, Universität Erlangen-Nürnberg

Wer wählt (das Bündnis) Sahra Wagenknecht?

Erste Erkenntnisse aus der Forschung und den Wahlen des Jahres 2024

Markus Klein / Christoph Kühling

Zusammenfassung

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ist gekennzeichnet durch ein extremes Maß an Personalisierung und eine links-autoritäre politische Positionierung. Für seine Wählerinnen und Wähler von besonderer Bedeutung sind neben den migrationskritischen Positionen des BSW vor allem dessen Ablehnung der militärischen Unterstützung für die Ukraine. Die Wählerinnen und Wähler des BSW weisen in ihren Einstellungen viele Übereinstimmungen mit denen der AfD auf. Gleichwohl gewinnt das BSW nur wenige Stimmen von den Rechtspopulisten. Das BSW steht für einen salonfähigen Anti-Kriegs-Populismus mit attraktivem Gesicht. Es spricht Unzufriedene an, die den Schritt nach Rechtsaußen nicht gehen wollen.

1. Das Bündnis Sahra Wagenknecht: Ein Novum im deutschen Parteiensystem

So weit wie Sahra Wagenknecht ist noch nicht einmal Ronald Schill gegangen. Auch der als „Richter Gnadenlos“ bekannt gewordene Hamburger Rechtspopulist hatte sich im Jahr 2000 eine Partei auf den Leib geschneidert. Sie nannte sich offiziell aber Partei Rechtsstaatlicher Offensive. Nur auf dem Wahlzettel firmierte sie mit dem Kürzel „Schill“ unter seinem Namen. Und Ronald Schill trat auch tatsächlich bei der Hamburger Bürgerschaftswahl des Jahres 2001 als Spitzenkandidat seiner Partei an. Anders Sahra Wagenknecht: Nachdem ihr Projekt einer linken „Sammlungsbewegung“ mit dem Namen „aufstehen“ 2019 gescheitert war, gründete sie im Januar 2024 eine Partei unter ihrem eigenen Namen: Das „Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und



Prof. Dr. Markus Klein

Professor für Politische Soziologie, Institut für Politikwissenschaft, Leibniz Universität Hannover



Christoph Kühling M.A.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Politikwissenschaft, Leibniz Universität Hannover

Gerechtigkeit“ (BSW). Bei der Europawahl und den drei Landtagswahlen des Jahres 2024 konnte das BSW bereits erste Erfolge erzielen, obgleich Sahra Wagenknecht bei keiner dieser Wahlen selbst als Kandidatin antrat. Sie sparte sich ihre eigene (Spitzen-)Kandidatur für die Bundestagswahl 2025 auf.

Für die Politikwissenschaft ist das BSW in verschiedener Hinsicht von Interesse. Zum einen stellt es für das deutsche Parteiensystem ein absolutes Novum dar, dass eine Partei einen Politiker bzw. eine Politikerin im Namen trägt. Diese extreme Form der Personalisierung – wenn nicht gar des Personenkults – gab es, von unbedeutenden Randphänomenen wie dem „Team Todenhöfer“ einmal abgesehen, in Deutschland bislang nicht. Das BSW ist aber auch in programmatischer Hinsicht ein Novum für das deutsche Parteiensystem. Es verbindet linke Positionen in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen mit rechten Positionen bei kulturellen und gesellschaftspolitischen Themen. Dieses Segment des politischen Marktes wurde in Deutschland bislang von keiner Partei nachhaltig bespielt.

In unserem Beitrag wollen wir der Frage nachgehen, für wen diese neuartige Mischung aus extremer Personalisierung und heterogener programmatischer Ausrichtung ein attraktives politisches Angebot darstellt. Oder mit anderen Worten: Wir wollen die Frage beantworten, wer das Bündnis Sahra Wagenknecht wählt. Zur Beantwortung dieser Frage werden wir einerseits den bisherigen Forschungsstand aus der empirischen Wahlforschung darstellen und zum anderen die Ergebnisse der vier Wahlen analysieren, bei denen das BSW bislang angetreten ist. Der Beitrag endet mit einer pointierten Zusammenfassung der Befunde sowie einem kurzen Ausblick auf die Zukunftschancen des BSW.

2. Das Bündnis Sahra Wagenknecht aus Sicht der Wahlforschung

Kennzeichnend für den politischen Wettbewerb in Deutschland sind – wie in anderen Ländern Westeuropas auch – zwei Konfliktdimensionen, auf denen sich sowohl die Parteien als auch die Wählerinnen und Wähler verorten lassen: eine sozioökonomische (horizontale) und eine soziokulturelle (vertikale) Achse (Kriesi et al. 2006): Auf der sozioökonomischen Dimension lassen sich linke, d.h. staatliche Eingriffe in den Markt und sozialstaatliche Umverteilung befürwortende, und rechte, d.h. den unregulierten Markt und seine Verteilungsergebnisse bevorzugende, Positionen unterscheiden. Auf der soziokulturellen Dimension stehen sich liberale und autoritäre Positionen gegenüber. Erstere sind durch die Befürwortung von Vielfalt, Zuwanderung und grenzüberschreitender Zusammenarbeit gekennzeichnet, letztere durch den Wunsch, traditionelle Werte und Strukturen sowie die nationale Souveränität zu bewahren.

Im Rahmen dieser Konzeption des politischen Wettbewerbs als zweidimensionalen Raum ergeben sich insgesamt vier mögliche Kombinationen für die ideologische Verortung von Parteien und Wählerinnen und Wählern: links-libertär (d.h. ökonomisch und kulturell links), rechts-autoritär (d.h. ökonomisch und kulturell rechts), rechts-libertär (d.h. ökonomisch rechts und kulturell links) und links-autoritär (d.h. ökonomisch links und kulturell rechts). Doch während sich in allen Quadranten des politischen Raumes substanzielle Wähleranteile finden lassen, war das deutsche

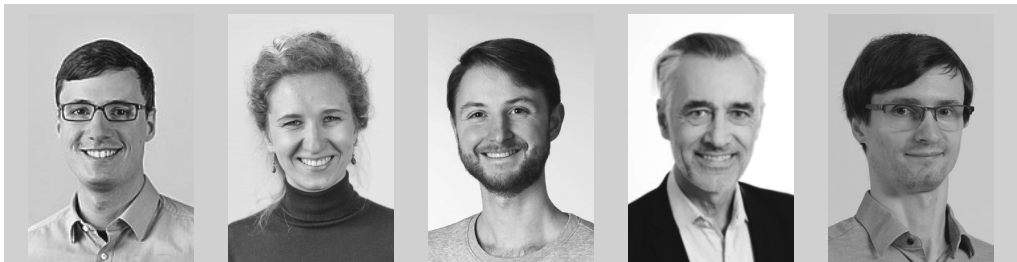
Demokratiebildung an niedersächsischen Schulen

Der niedersächsische Demokratiebildungserlass und seine Wahrnehmung durch Lehrkräfte

Bastian Vajen, Elizaveta Firsova-Eckert, Michael Nagel, Dirk Lange & Frank Reichert

Zusammenfassung

Im Rahmen dieses Artikels werden erste Ergebnisse der Demokratiebildungs-Studie (DebiS) vorgestellt, in deren Rahmen der Einfluss des seit Juni 2021 in Niedersachsen geltenden Runderlasses „Stärkung der Demokratiebildung an öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie Schulen in freier Trägerschaft“ auf die Überzeugungen und Praxen von Lehrkräften untersucht werden soll. Im Folgenden wird vor allem die Wahrnehmung des Erlasses durch Lehrkräfte sowie ein möglicher Einfluss der Lehrqualifikation auf diese Wahrnehmung vorgestellt.



Bastian Vajen (M.Ed.)

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Demokratie, Leibniz Universität Hannover

Dr. Elizaveta Firsova-Eckert

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Didaktik der Demokratie, Leibniz Universität Hannover

Michael Nagel (M.A.)

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Demokratie, Leibniz Universität Hannover

Prof. Dr. Dirk Lange

Professor für Didaktik der Politischen Bildung am Institut für Politikwissenschaft und Direktor am Institut für Didaktik der Demokratie, Leibniz Universität Hannover

Prof. Dr. Frank Reichert

Assistant Professor für interprofessionelle Bildung an der University of Hong Kong, Honorary Associate Professor an der University of Sydney

Einleitung

Der Begriff der Demokratiebildung erlebt in den letzten Jahren vor dem Hintergrund zunehmender Krisendiagnosen sowohl einen akademischen als auch bildungspolitischen Aufwind (Gerdes, 2021, S. 3 f.). Hierbei ist jedoch festzustellen, dass weder der Begriff der Demokratie noch der Bildungsbegriff einheitliche Definitionen oder theoretische Bezugspunkte ausweisen (Beutel et al., 2022a, S. 20 ff.; Hentges & Kirchhof, 2024, S. 40 ff.). Entsprechend werden verschiedene Erwartungen und Erfahrungen mit politischer und demokratischer Bildung verbunden, bei denen zwar Demokratie als normative Konzeption politischer Gestaltung und Zielvorstellung im Mittelpunkt steht, die jedoch im Rahmen bildungspolitischer Steuerungsinstrumente sowie didaktischer Konzeptionen unterschiedliche Schwerpunktsetzungen erhalten. Weiterhin fehlt es im Feld der Demokratiebildung an Wirkungsforschung, sowohl zu der Wirkung bildungspolitischer Maßnahmen als auch effektiver didaktischer Strategien und Möglichkeiten der Schulentwicklung für die Erreichung der angestrebten Wissensbestände, Kompetenzdimensionen sowie Überzeugungen und Einstellungen von Lehrkräften und jungen Bürgerinnen und Bürgern (Beutel et al., 2022a, S. 31 f.). Dieser Artikel greift hieran anschließend den Bereich der Bildungspolitik auf und stellt erste Ergebnisse aus einem andauernden Forschungsprojekt vor, das den Effekt des seit dem Juni 2021 in Niedersachsen geltenden Erlasses zur „Stärkung der Demokratiebildung an öffentlichen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen sowie Schulen in freier Trägerschaft“ (Niedersächsisches Kultusministerium, 2021) auf die Überzeugungen und Praxen von Lehrkräften untersucht. Im Folgenden soll vor allem die Wahrnehmung des Erlasses durch Lehrkräfte sowie ein möglicher Einfluss der Lehrqualifikation auf dessen Wahrnehmung im Mittelpunkt stehen.

1. Bildungsreformen und Bildungspraxis

Der Einfluss von Steuerungsinstrumenten der Bildungspolitik auf die didaktische Praxis ist Teil unterschiedlicher Forschungsbemühungen. So werden Steuerungsinstrumente beispielsweise unter der Perspektive einer *Educational Governance* als Mittel zur Beeinflussung eines komplexen Mehrebenensystems betrachtet (Maag Merki & Altrichter, 2015, S. 399 f.). Hierbei sind für die Umsetzung von Veränderungen im Bildungsbereich sowohl die Einbettung von Reformbemühungen in gewachsene Strukturen und Kontexte als auch die umsetzungsbezogene Interaktion vielfältiger Akteure des Bildungsbereiches von Relevanz (Altrichter, 2015, S. 26 ff.). Denn Reformen im Bereich der schulischen Bildung sind auf die aktive Kooperation der sie betreffenden Lehrkräfte angewiesen, wobei sich jedoch vielfach Diskrepanzen zwischen dem bildungspolitischen Veränderungswillen und einer praktischen Realisation im Schulalltag feststellen lassen (Bosche, 2018, S. 89). Ein Widerstand von Lehrkräften speist sich hierbei nicht allein aus ihren eigenen Überzeugungen zum Lehren und Lernen, sondern auch aus der Notwendigkeit, einen Rückhalt im Kollegium, bei den Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern für eine Veränderung etablierter schulischer Prozesse zu erhalten, die mit einem zusätzlichen Zeitaufwand einhergehen, der die

Menschenrechte zwischen multipler Gefährdung und effektivem Schutz

Axel Schulte

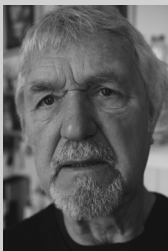
Zusammenfassung

In dem Beitrag wird analysiert, unter welchen Gesichtspunkten Menschenrechte bedeutsam, welchen Gefährdungen sie ausgesetzt und welche Schwierigkeiten bei ihrem Schutz zusätzlich zu bewältigen sind.

Im Dezember 2023 wurde das 75-jährige Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) begangen (APuZ 2023)¹. Diese Erklärung gilt als Symbol für die Menschenrechte und deren Anerkennung schlechthin. Gleichzeitig gab und gibt es in dieser Hinsicht zahlreiche Einschränkungen, Gefährdungen und Rückschläge sowie Schwierigkeiten und Kontroversen². Für den Menschenrechtsschutz resultiert daraus eine ambivalente Lage: Er kann entweder geschwächt oder gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden erläutert, welche Bedeutung und Relevanz diese Rechte haben (sollen), wodurch sie gefährdet werden und welche zusätzlichen Schwierigkeiten bei ihrem Schutz zu bewältigen sind.

Menschenrechte als historisch-dynamische und gesellschaftliche Phänomene

Menschenrechte sind weder von Natur vorhanden noch vom Himmel gefallen und auch nicht vom Staat verliehen. Vielmehr handelt es sich um Phänomene der historischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit. Als solche sind sie Ausdruck von Erfahrungen von erlittenem und/oder von Befürchtungen vor zukünftigem Unrecht. So waren Forderungen nach Menschenrechten in der Neuzeit Reaktionen auf religiöse



Axel Schulte, Dr. phil. habil., apl. Professor i.R.
Institut für Politikwissenschaft, Leibniz Universität Hannover

Verfolgungen, staatliche Willkür und soziale Missstände. In der Mitte des vergangenen Jahrhunderts standen Erfahrungen der „Geißel“ zweier Weltkriege (UN-Charta 1945), von „Akten der Barbarei“ (Präambel AEMR) und des „totalitären Gattungsbruchs“ durch Systeme faschistischer und stalinistischer Prägung (Menke/Pollmann 2008: 49) im Vordergrund. Die Entwicklung dieser Rechte ist zudem beeinflusst durch soziale Bewegungen, die sich gegen Kolonialismus und abhängige Entwicklung, Apartheid und ‚Rassen‘-Diskriminierung, Geschlechterungleichheit sowie Schädigungen von Umwelt und Klima richten. Seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts erfolgten Prozesse der Universalisierung, Internationalisierung, Positivierung und Institutionalisierung dieser Rechte, wobei diese auch vervielfacht und besonders schutzbedürftige Menschen(-gruppen) spezifischer berücksichtigt wurden. Diese Entwicklung ist mit vielen Widerständen, Konflikten und Rückschlägen einhergegangen. Gleichwohl ist sie ein Zeichen für den moralischen Fortschritt der Menschheit und den Prozess der Zivilisation (Bobbio 1998: 58).

Menschenrechte sind darauf gerichtet, Mindeststandards für ein menschenwürdiges Leben in gesellschaftlichen Zusammenhängen zu gewährleisten (vgl. Senghaas 2002; Schulte 2023). In Art. 1 AEMR wird dieser Anspruch knapp so formuliert: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“. Obwohl die Rechte auch kollektive Elemente enthalten, wird den Individuen ein Eigenwert zugeschrieben und Vorrang gegenüber allen gesellschaftlichen Gruppierungen und dem Staat eingeräumt (Bobbio 1998: 104). In diesem Sinne handelt es sich um „fundamentale Rechte, welche die Stellung der Individuen in politischen Gemeinwesen regeln sollen bzw. regeln. Sie sichern als kodifizierte Rechte einen einklag- und durchsetzbaren Mindeststandard an individueller Freiheit sowie politischer und sozialer Gleichheit“ (Rieger 2010: 592)³. Neben Rechten haben die Menschen allerdings auch Pflichten, insbesondere die Pflicht zum Gehorsam gegenüber den Gesetzen, die zum Schutz anderer Personen und im Interesse der Allgemeinheit verbindliche Geltung beanspruchen (Art. 29 AEMR). Derzeit sind für die menschenrechtlichen Normen spezifische Merkmale kennzeichnend. Sie

- gelten weltweit, sind unveräußerlich und stehen allen Menschen von Geburt an zu;
- sind egalitär orientiert und gegen Diskriminierungen gerichtet;
- enthalten Bindungen und Verpflichtungen – direkt für alle hoheitliche Gewalt und zwar insbesondere dazu, die Menschenrechte zu achten, vor Eingriffen Dritter zu schützen und durch positive Leistungen zu gewährleisten, sowie indirekt für (mächtige) gesellschaftliche Akteure;
- umfassen verschiedene Dimensionen, die wiederum als unteilbar, gleichwertig und interdependent gelten. Dazu gehören zivile Abwehrrechte, demokratische Rechte zur politischen Partizipation und Rechte auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Teilhabe sowie justizielle Rechte, d.h. Garantien auf rechtsstaatliche und faire Verfahren, und weitere Rechte, wie z.B. Rechte künftiger Generationen, das Recht von Völkern auf Selbstbestimmung und Entwicklung sowie Rechte auf Schutz von Tieren und von natürlichen Lebensgrundlagen.

Kapitalismus am Limit

Vertiefung und Krise der imperialen Lebensweise

Markus Wissen / Ulrich Brand

Mitte November 2024 fand nicht nur in Aserbaidschan die 29. Weltklimakonferenz statt, sondern parallel trafen sich die Regierungschefs der 20 politisch und wirtschaftlich wichtigsten Länder der Welt in Rio de Janeiro zum sogenannten G20-Gipfel. Während in Baku Frust über das fehlende *commitment* der meisten Regierungen in Sachen Klimaschutz dominierte, wurde das Treffen in Brasilien als Meilenstein zur globalen Bekämpfung der Armut und der Besteuerung der Superreichen gefeiert. Stellvertretend standen zwei Personen für rückschrittliche und fortschrittliche Politik. Die Klimakonferenz in Baku leitete Mukhtar Babayev, der sich in einer vorgetäuschten BBC-Anfrage als vortrefflicher Verkäufer der fossilen Energien seines Landes gab (grundlegend zu den Klimaverhandlungen vgl. Brunnengräber 2024). Gastgeber der „G 20“ war der linke Präsident Lula da Silva, der Hunger und Ungleichheit bekämpfen will.

Bei allen wichtigen Differenzen einte die maßgeblichen Akteure bei den Treffen, dass die „imperiale Lebensweise“ – genauer: die imperiale Produktions- und Lebensweise – nicht infrage gestellt wird. Auch Präsident Lula möchte die materielle Basis zur Bekämpfung von Hunger und Armut vor allem mit einer gesteigerten Naturausbeutung schaffen.

In diesem Beitrag vertreten wir die Position, dass der materielle Wohlstand und die sozio-ökonomische Produktivität in den Gesellschaften des Globalen Nordens nicht ausschließlich, aber wesentlich auf der Ausbeutung von Menschen und Natur „andernorts“, vor allem im Globalen Süden, basieren. Es ist daher eine Aufgabe Politischer Bildung, die Gegenwart vor dem Hintergrund historischer Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, aber auch immer wieder stattfindender Kämpfe dagegen und möglicher Alternativen zu verstehen. Damit können sich heute politische Denk- und Handlungsräume öffnen.



Prof. Dr. Ulrich Brand

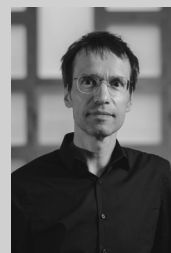
Professor für Internationale Politik, Universität Wien

Foto: Markus Zahradnik

Prof. Dr. Markus Wissen

Professur für Gesellschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt sozial-ökologischen Transformationsprozesse, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Foto: Johannes Krüger



Dafür skizzieren wir in diesem Beitrag knapp den Begriff der imperialen Lebensweise und betonen in einem zweiten Schritt die global ungleichen Voraussetzungen: zum einen den Kolonialismus und den damit einhergehenden Zugriff auf Land, Natur und rassifizierte Arbeitskraft, der sich bis heute als Ausbeutung oft billig gehaltener migrantischer Arbeitskraft unter Sklaven-ähnlichen Verhältnissen aktualisiert; zum anderen die Notwendigkeit des Kapitalismus, auf außer-ökonomische Sphären und nicht-kapitalistische Räume in Nord und Süd zurückzugreifen, was ihm bis heute Dynamik verleiht, aber immer auch mit Krisen einher geht. Aufbauend darauf argumentieren wir in einem dritten Schritt, dass genau diese Voraussetzungen in den letzten Jahren untergraben worden sind und der Kapitalismus in seinen bisherigen Funktionsweisen an Grenzen gerät. Damit nehmen gesellschaftliche und politische Konflikte bis hin zu vermehrter physischer Gewalt auf vielen Ebenen zu. Unser Beitrag endet mit einem Vorschlag, gesellschaftliche Veränderungen aus der Perspektive „transformativer Zellen“ zu betrachten. Damit meinen wir organisierte Kräfte in Staatsapparaten, Gewerkschaften, Verbänden, Schulen oder NGOs, die mit sozialen Bewegungen resonieren und gesellschaftliche Veränderungen anstoßen.

Imperiale Lebensweise

Was meinen wir mit dem Begriff der „imperialen Lebensweise“? Auf einer allgemeinen Ebene wollen wir genauer verstehen, warum der sozial-ökologische Umbau so schwierig ist. Warum und wie ist die industrielle, fossilistische, kapitalistische Produktions- und Lebensweise gesellschaftlich verankert? In der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 haben wir angefangen, den Begriff auszuarbeiten und zwar vor dem Hintergrund der Frage: Warum wird die Chance nicht ergriffen, das in die Hand genommene Geld in der Krise für den notwendigen, weitreichenden sozial-ökologischen und international einigermaßen gerechten Umbau zu nutzen, wenn doch die Probleme klar sind? Dass dies etwas mit Profiten zu tun hat, mit Kapitalinteressen, mit staatlichen Politiken und den entsprechenden Machtverhältnissen, ist vielen noch klar. Aber es hat eben auch etwas mit dem Arbeits- und Lebensalltag von Menschen zu tun (vgl. ausführlich Brand/Wissen 2017, 2024).

Das Imperiale, nicht das Imperialistische, ist das auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Umwelt „andernorts“ Ausgreifende. Menschen nutzen in ihrem Konsumalltag, aber auch im Arbeitsalltag Güter und Dienstleistungen, die im Kapitalismus als Waren für Profite hergestellt werden – wenn sie essen, sich mit Autos oder Flugzeugen bewegen, wenn sie über das Mobiltelefon kommunizieren, sich mit industriell gefertigten Textilien kleiden, im Büro oder in der Fabrik arbeiten. Diese Waren sind oft unter ökologisch und sozial schlechten Bedingungen produziert worden. Beispiele sind die Produktion von Mobiltelefonen in Südchina, die Sojaproduktion in Brasilien, aber auch die im Tönnies-Konzern unter katastrophalen Bedingungen stattfindende Fleischproduktion in Deutschland und andernorts.

Die Akzeptanz der kapitalistischen Macht- und Ungleichheitsverhältnisse hat auch etwas damit zu tun, dass es sich im Alltag der Menschen irgendwie leben lässt, und oftmals gar nicht schlecht. Die imperiale Lebensweise ist in gewisser Weise eine

Die Tierwohlabgabe – (k)eine Lösung für mehr Tierwohl?!

Sebastian Ihle

Der Rahmen

Spätestens seit den 1990er-Jahren mehren sich im gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurs Stimmen, welche die produktiven Haltungsmethoden der intensiven Nutztierhaltung – insbesondere Haltungsverfahren und Züchtung – aus Tierschutzgründen für problematisch halten (vgl. Settele 2022, S. 17). Bestrebungen zur Verbesserung des Tierwohls stehen jedoch in starkem Kontrast zu der auf Exportsteigerung und Wettbewerb ausgerichteten Nutztierhaltung. So können (deutsche) Landwirt*innen dem Preisdruck des Weltmarktes häufig nur dann standhalten, wenn sie unter Bedingungen produzieren, die dem Tierschutz widersprechen (vgl. Eichner/Schlosser 2020, S. 34) – denn Tierwohl ist nicht wirtschaftlich (Joy 2011, S. 39).

Mit Blick auf die Frage, auf welche Weise die deutsche Nutztierhaltung den fachlichen und gesellschaftlichen Ansprüchen an den Tier- und Umweltschutz entsprechen und dennoch weiterhin wettbewerbsfähig bleiben kann, wird in Deutschland seit einigen Jahren die Einführung einer Tierwohlabgabe diskutiert. Bei dieser handelt es sich um eine Abgabe für bzw. eine Art Steuer auf tierliche Produkte, mit der landwirtschaftliche Betriebe beim Umbau der Tierhaltung hin zu einer tieregerechteren Haltung unterstützt werden könnten. Die Einführung einer Tierwohlabgabe wurde erstmalig vom Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung (KNW) vorgeschlagen.

Obwohl die Idee gemeinsam von Vertreter*innen aus Politik, Verbänden und Wirtschaft sowie Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen erarbeitet wurde, hat sie sich bis dato nicht durchgesetzt und bleibt umstritten. Im Folgenden werden eine Reihe von Äußerungen verschiedener Akteur*innen im Zeitablauf dokumentiert. Zu Wort kommen u.a. Politiker*innen, Wissenschaftler*innen und Interessenvertreter*innen.



Sebastian Ihle

Akademischer Mitarbeiter am Lehrstuhl für politische Bildung der
Universität Potsdam

Die nach Jahren gegliederten Berichte verweisen auf ein zähes Ringen um bessere Bedingungen in der Nutztierhaltung.

2015

Problemstellung: Der **Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik (WBA) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)** konstatiert Defizite in der Nutztierhaltung mit Blick auf den Tier- und Umweltschutz (März 2015).

In Kombination mit einer veränderten Einstellung zum Mensch-Tier-Verhältnis führten diese Defizite zu einer verringerten gesellschaftlichen Akzeptanz der Nutztierhaltung. Die Expert*innen kommen zu dem Ergebnis, dass eine nationale Nutztierstrategie benötigt wird, unterbreiten erste Vorschläge und geben zu bedenken, dass zusätzliche Kosten entstehen werden:

„Um die gesellschaftlichen Anforderungen an die Nutztierhaltung und die Realität der landwirtschaftlichen Produktion stärker in Einklang zu bringen, empfiehlt der WBA ein umfangreiches Maßnahmenbündel und zudem einen intensiven Diskurs zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik unter Einbeziehung der Wissenschaft“ (S. i.)

„Mit der Umsetzung der vom WBA empfohlenen Leitlinien [...] lassen sich große Fortschritte in der Tierhaltung erzielen, sie führen aber je nach Tierart und Zeithorizont für die Umsetzung zu deutlich erhöhten Produktionskosten und wenn es nicht gelingt, diese Kosten durch den Markt oder durch Maßnahmen der Politik oder der Privatwirtschaft aufzufangen, auch zum Ausscheiden von Betrieben. Ohne begleitende Maßnahmen gefährdet die Umsetzung der Leitlinien als nationale Maßnahme also die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe im Standardmarkt massiv“ (S. 39).

https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beirae/ agrarpolitik/ GutachtenNutztierhaltung-Kurzfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=2

2019

Das **BMEL** setzt zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Nutztierstrategie das **KNW** unter der Leitung des ehemaligen Landwirtschaftsministers Jochen Borchert ein (Pressemitteilung des BMEL, 9. Juli 2019).

<https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2019/148-nutztierhaltung.html>

2020

Tierwohlabgabe als zentrale Finanzierungsoption. Das **KNW** gibt seine Empfehlungen ab (Kernpunkte der sowie Auszüge aus den KNW-Empfehlungen, 11. Februar 2020).

Der Anspruch der KNW-Empfehlungen besteht darin, schrittweise alle tierhaltenden Betriebe in Deutschland auf ein Tierwohlniveau zu heben, das deutlich oberhalb der bisherigen gesetzlichen Standards liegt. Das KNW definiert in diesem Zuge drei Tierwohlstufen. Ab 2040 soll Stufe 2 gesetzlicher Mindeststandard werden. Sie ist gekennzeichnet durch deutlich mehr Platz, eine strukturierte Haltungsumgebung, intensivere Tierbetreuung und Kontakt zum Außenklima.

Die Dilemma-Methode in der politischen Bildung am Beispiel des Falls Daschner

Hannes Reichert

1. Wertewandel, Werte in der Demokratie und Identitätsbildung

Der Wertebegriff ist seit langer Zeit ein zentraler Begriff des gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskurses und besitzt nach wie vor höchste Aktualität und Relevanz. Insbesondere im Kontext der Integration von Geflüchteten sowie der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten ist aktuell immer wieder von westlichen, europäischen oder deutschen Werten die Rede. Dabei bleiben die Definitionen des Begriffs „Wert“ mitunter unklar. Der Großteil der Definition betont die Handlungsrelevanz von Werten, die auch für die Werteforschung besonders bedeutsam ist (vgl. Welzel 2009: 109). Zudem herrscht in der sozialwissenschaftlichen Forschung weitestgehend Konsens darüber, „dass mit Werten psychologisch tiefsitzende, nur schwer änderbare Vorlieben gemeint sind“ (Hradil 2018: 20). Die Veränderung von Wertehaltungen sowie der gesellschaftliche Wandel von Werten sind zentrale Themen der Wertewandelforschung. In dieser wird angenommen, dass „Werte an die existenziellen Lebensbedingungen und die aus diesen erwachsenen Erfahrungen der Menschen gekoppelt [sind]“ (Welzel 2009: 110). Es besteht Einigkeit darüber, dass Werte gesellschaftlich bestimmt sind und somit auch dem gesellschaftlichen Wandel unterliegen. In diesem Kontext stellt sich die Frage nach Identität und Identitätsbildung und deren Bedeutung für die Demokratie und die Gesellschaft. Die Aufgabe der Identitätsbildung und Integration für die Demokratie liegt dabei – mehr denn je – bei den Individuen und der Gesellschaft. Es wird immer wieder thematisiert, dass durch den Gesellschafts- und Wertewandel hin zur Pluralisierung der Lebensformen sowie zur Individualisierung und Singularisierung Desintegrationsprozesse stattfinden und die gemeinsame Basis an Werten in der Gesellschaft schwindet. Dieser



Hannes Reichert

Lehrer im Vorbereitungsdienst mit den Fächern Sozialkunde und Geschichte am Studienseminar Halle (Saale)

Wertpluralismus ist gerade kennzeichnend für die Demokratie. Allerdings ist zu ergründen, ob es nicht einen Minimalkonsens an (Grund-)Werten geben muss, die ein gewisses Maß an Solidarität und gesellschaftlicher Integration erzeugen (vgl. ebd.). Werte gelten zwar häufig als etwas Individuelles und werden ausschließlich Individuen zugeschrieben, jedoch verkörpern auch „systemische Regelungen durch Institutionen [...] Wertebezüge“ (Reinhardt 2015: 120). So ist festzuhalten, dass (Grund-)Werte für das Zusammenleben in demokratischen Gesellschaften von essentieller Bedeutung sind. Sie liegen der Demokratie an sich als auch dem Diskurs und der Austragung von Konflikten zugrunde. Die Demokratie benötigt dementsprechend mündige Bürgerinnen und Bürger, die das gesellschaftliche Zusammenleben aktiv gestalten und in der Lage sind, sich in Aushandlungsprozesse einzubringen. Gesellschaftliche Integration bedarf demnach nicht nur der Werte an sich, sondern braucht auch den diskursiven Umgang, der Wertekonflikte lösbar macht (vgl. Reinhardt 2015: 121).

2. Wertebildung

Der Wertewandel und die damit einhergehenden Prozesse haben auch im schulischen Kontext an Bedeutung gewonnen. Einerseits ist die Identitätsentwicklung durch die beschriebenen Prozesse immer mehr zur Aufgabe des Individuums geworden. Demokratische Integration und individuelle Identität werden dabei weniger durch tradierte und homogene Strukturen und Weltansichten hervorgebracht, sondern müssen mehr vom Individuum selbst erzeugt werden (vgl. May 2013: 176). Andererseits sind auch die Lernbedingungen der Schüler*innen relevant, die ebenfalls von der Pluralisierung betroffen und durch Widersprüchlichkeiten gekennzeichnet sind. Sibylle Reinhardt (2015: 119) postuliert, dass „die Aufgabe der Integration durch Werte [...] nicht nur den Individuen und der Gesellschaft zugeordnet werden [kann und sollte], sondern auch der Politik selbst“. Diese Forderung betrifft auch die politische Bildung mit der Aufgabe der Wertebildung. Wertebildung kann dabei grundsätzlich definiert werden als „die kognitiven, affektiven und evaluativen Prozesse, die in Schule und Unterricht bewusst und unbewusst auf die Entwicklung von dauerhaften handlungsleitenden Werten und Normen bei Kindern und Jugendlichen gerichtet sind“ (Henkenborg 2017: 576). Die prinzipielle Bedeutung von Werten in der politischen Bildung ist in der politikdidaktischen Diskussion anerkannt. Vor dem Hintergrund des Ziels der politischen Bildung – der Entwicklung mündiger Bürger*innen – darf Wertebildung niemals Werte von oben oktroyieren, da eine solche Übermittlung von Werten schülerfremd wäre. Wertebildung als Teil der Demokratiebildung meint demnach nicht Bildung zur Anpassung, sondern Bildung zur Mündigkeit. Dementsprechend werden fachdidaktische Konzepte benötigt, die reflexive Lernprozesse, Auseinandersetzung und begründetes Entscheiden ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist auch die Fähigkeit zur politisch-moralischen Urteilsbildung zu verstehen. Die Fähigkeit zur Urteilsbildung ist in allen gängigen politikdidaktischen Kompetenzmodellen aufgeführt und beschreibt die „Fähigkeit, kontroverse Wertvorstellungen, politische Positionen und gesellschaftstheoretische Konzepte selbstbezogen abzuwägen, um ein eigenes Werturteil und eine verallgemeinerungsfähige

„Es ist einfach traurig, dass es halt noch so ein, zwei Menschen davon gibt“

Schüler:innen-Vorstellungen von Antisemitismus und Implikationen für die politische Bildung

Alexander Loske, Felix Kirchhof und Gudrun Hentges

1. Einleitung

In Folge des Überfalls der Hamas auf Israel am 07.10.2023, der auch in Deutschland zu einer neuen Quantität und Qualität des Antisemitismus führte, wurde vielfach der Blick auf die Bildungsinstitutionen gerichtet. Die Herausforderungen an Schulen und Hochschulen sind aber keineswegs neu, auch wenn sie nun besonders offen zu Tage treten.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund zahlreicher Forschungsbefunde zu Antisemitismus an Schulen beschloss die Bundesregierung Ende 2022 die *Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben*, in der neben vier weiteren Handlungsfeldern auch das Feld „Bildung als Antisemitismusprävention“ (Bundesregierung 2022: 26) genannt wird.

Im vergangenen Jahrzehnt etablierte sich das Feld der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, in dem ein intensiver Austausch über Gelingensbedingungen, Qualitätsmerkmale, Leitlinien, Spannungsfelder und Zugänge stattfindet.



Alexander Loske (M.Ed.)

Lehramts-Referendar an einem Kölner Gymnasium, mit den Fächern Englisch und Sozialwissenschaften. Zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter im DiPolBAs-Projekt

Felix Kirchhof (M.Ed.)

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehr- und Forschungsbereich Politikwissenschaft, Bildungspolitik und politische Bildung an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln

Prof. Dr. Gudrun Hentges

Leitung des Lehr- und Forschungsbereichs Politikwissenschaft, Bildungspolitik und politische Bildung an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln

Während verschiedene Studien zeigen konnten, dass Antisemitismus in der Schüler:innenschaft weit verbreitet ist und von Lehrkräften häufig bagatellisiert, nicht erkannt oder gar selbst reproduziert wird (Bernstein 2020; Wolf 2024), handelt es sich bei der Frage nach Präkonzepten bzw. Vorstellungen von Jugendlichen über Antisemitismus weitgehend um ein Forschungsdesiderat.

Mit diesem Artikel wollen wir einen Beitrag zur Schließung der Forschungslücke leisten. In einem ersten Schritt stellen wir aktuelle Forschungsbefunde vor, darauf aufbauend skizzieren wir ausgewählte Ergebnisse aus dem Projekt „DiPolBAs“ – mit einem Fokus auf Schüler:innenvorstellungen von Antisemitismus. Abschließend folgen Handlungsempfehlungen für die Bildungsarbeit.

2. Überblick über aktuelle Forschungsbefunde

Erfahrungen, Einstellungen, Interessen und soziale Bedingungen sowie die Perspektive der Lernenden stellen ein zentrales Forschungsfeld der Didaktik der Sozialwissenschaften bzw. Politikdidaktik dar. Auch in der (schulischen) Fachdidaktik ist es weitgehend unstrittig, dass gegenstandsbezogene (Schüler:innen-)Vorstellungen einen wichtigen Teil der subjektiven Lernvoraussetzungen bilden und ein Bestandteil des Unterrichts sein sollten (Autorengruppe Fachdidaktik 2016: 61). Demnach stellen Vorstellungen von Antisemitismus sowie damit verbundene Sichtweisen, Argumentationen, Emotionen und Wissensbestände wichtige Bedingungen des Lehrens und Lernens dar und sollten für die Weiterentwicklung einer subjektorientierten Bildungsarbeit genauer in den Blick genommen werden.

Der Begriff Schüler:innenvorstellungen bzw. subjektive Vorstellungen zeichnet sich durch eine semantische Vielfalt aus, denn in der Fachliteratur finden sich zahlreiche Begriffe, die teils synonym genutzt werden. Die Rede ist von subjektiven Theorien, Präkonzepten, Schemata oder auch Alltags-(Vorstellungen). In der aktuellen empirischen Vorstellungsforschung der politischen Bildung werden Vorstellungen verstanden als die Gesamtheit der mentalen Konzepte, Begriffe, Denkfiguren und Theorien, die von einem Individuum mit einem Gegenstand verbunden werden. Einstellungen und Vorstellungen gelten zudem als eng miteinander verbunden, da sich Einstellungen aus den Vorstellungen speisen, wobei in diesem Prozess noch psychologische Faktoren wie Emotionen hinzutreten (Vajen/Lange 2021: 57). Vorstellungen sind für die Einzelnen plausibel und dienen der Orientierung und Entlastung im (politischen) Alltag; dies ist auch in der Planung und Gestaltung von Bildungsangeboten zu beachten.

Untersuchungen zu Schüler:innenvorstellungen von Antisemitismus lagen – soweit bekannt – bislang nicht vor. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Studien von Wolf zu Erfahrungen, Vorstellungen und Praxen von Politiklehrkräften zu Antisemitismus (2021) und von Firsova-Eckert zur *Politischen Bildung zum Nabostkonflikt* (2024; 2023), in der auch (Prä-)Konzepte von Jugendlichen untersucht wurden; Antisemitismus wird hier jedoch nicht schwerpunktmäßig analysiert. Zwar wird jüngst vermehrt die Bedeutung von Präkonzepten für die schulische Auseinandersetzung mit (israelbezogenem) Antisemitismus und dem Nahost-Konflikt

Demokratiedämmerung?

Über Veith Selk: *Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie*

Manfred G. Schmidt

I.

Hier ist ein in der Öffentlichkeit rege beachtetes Buch anzuzeigen: *Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie*. Sein Verfasser ist Veith Selk, ein auf Politische Theorie und Ideengeschichte spezialisierter Politikwissenschaftler. Die *Demokratiedämmerung* ist die überarbeitete Fassung seiner Habilitationsschrift, die er an der Technischen Universität Darmstadt eingereicht hatte. In der *Demokratiedämmerung* vertritt ihr Verfasser zwei spektakuläre Thesen. Der ersten These zufolge befindet sich die Demokratie im Niedergang. Der zweiten These nach geht es der Demokratietheorie nicht besser: Sie wird infolge der niedergehenden Demokratie „unplausibel“ (S. 11). Mehr noch: Sie scheitert dabei, die gemeinhin noch als demokratisch bezeichneten Regime „in wissenschaftlich valider Weise als Demokratien zu beschreiben“ (S. 11).

Gegliedert ist die *Demokratiedämmerung* in eine Einleitung, vier Hauptkapitel und einen Epilog. In der Einleitung skizziert Veith Selk Phänomene und Theorien des Niedergangs der Demokratie, anschließend erörtert er den Aufbau und die Vorgehensweise seiner Schrift. Im nachfolgenden Kapitel entfaltet der Verfasser seine erste Hauptthese. Sie heißt nun: „Devolution der Demokratie“ (S. 31). Dieser Prozess „zersetzt die Grundlagen demokratischer Politik und Legitimation“ (S. 11). Den Zersetzungsprozess wertet Selk als Ergebnis von vier zusammenhängenden Prozessen: intensivierete „Politisierung“ ist einer von ihnen. Ein zweiter ist die zunehmende „Differenzierung“, sie steht für „Zunahme politischer Akteure, Netzwerke,



Prof. em. Dr. Dr.h.c. Manfred G. Schmidt
Professor für Politische Wissenschaft an der
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Veith Selk: Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie.
Berlin: Suhrkamp, 2. Auflage 2024 (Erstauflage 2023), 328 S.

